

I. Die Zukunft der Zivilgesellschaft sichern: Langfristig gesicherte und substanziell nachhaltige Unterstützung für die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, zur Stärkung des Ehrenamts und für die Entwicklung neuer Ansätze zur Einbindung junger und diverser Gruppen.

Stellungnahme zu den Forderungen:

Wir Freie Demokraten wollen ein Baden-Württemberg, in dem freiwilliges Engagement selbstverständlich möglich ist – überall, für alle Generationen und in allen Lebenslagen. Das Ehrenamt ist nicht nur der Kitt, sondern das Rückgrat unserer Gesellschaft: Von der Fußballtrainerin, die Kinder zum Sport motiviert, über den Freiwilligen, der Nachbarn unterstützt, bis hin zu den Einsatzkräften bei Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz, die Leben retten – ihr Einsatz macht unser Land so lebens- und liebenswert. Wir wollen, dass jeder, der anpackt, auch spürt, was er zurückbekommt: Wertschätzung, Unterstützung und bestmögliche Bedingungen. Ehrenamt darf kein bürokratischer Hindernislauf sein, sondern soll Freude machen, Gemeinschaft stiften und Menschen zusammenbringen. Wir wollen, dass Ehrenamt Spaß macht und zum modernen Leben passt. Deshalb schaffen wir flexible Formen des Mitmachens, unterstützen digitale Werkzeuge für Vereine und Initiativen und investieren gezielt in Fortbildung, Ausstattung und moderne Kommunikationswege. Die Ehrenamtskarte wollen wir zu einem echten Vorteilsausweis weiterentwickeln: unkompliziert, digital, von den Kommunen mitgestaltet und getragen, damit sie spürbar für die Engagierten vor Ort ist, etwa durch Vergünstigungen wie den Zugang zu lokalen Freizeit- und Kulturangeboten. Wir wollen, dass ehrenamtliches Engagement Türen öffnet: für junge Menschen beim Studium, beim Berufseinstieg oder bei Bewerbungen. Wer Verantwortung übernimmt, soll dafür Anerkennung und konkrete Vorteile erhalten. Ehrenamt gehört ins Zeugnis, in den Lebenslauf – und in den Alltag an Schulen und Hochschulen. Wir werden eine landesweite Engagement-Strategie entwickeln, die auch jungen Menschen, Müttern und Vätern sowie Senioren moderne, flexible Mitmach-Angebote macht.

II. Globales Lernen und Bildung für Nachhaltige Entwicklung: Strukturelle und finanzielle Verankerung transformativer Bildungsansätze und Kooperation unterschiedlicher Bildungsakteur*innen, die globale Verantwortung und Handlungskompetenz in allen Bildungsbereichen fördern.

Stellungnahme zu den Forderungen:

Wir Freie Demokraten erkennen an, dass Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) wichtige Beiträge zur Vermittlung von Wissen über globale Zusammenhänge leisten können. Für uns steht jedoch im Mittelpunkt, dass Bildung in Baden-Württemberg in erster Linie die Basiskompetenzen sichert, Leistungsbereitschaft stärkt und junge Menschen zu selbstbestimmten, verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürgern befähigt. Bildungspolitik darf nicht von immer neuen Querschnittsaufgaben überfrachtet werden, sondern muss sich an Qualität, Vergleichbarkeit und Exzellenz orientieren. Wir setzen deshalb auf eine klare Priorität für Lesen, Schreiben, Rechnen, digitale Kompetenzen sowie demokratische und ökonomische Bildung – als Grundlage für mündige Entscheidungen auch in Fragen globaler Verantwortung.

Eine stärkere Verbindlichkeit zusätzlicher Vorgaben, neue Gremienstrukturen oder dauerhafte Sonderförderprogramme sehen wir kritisch. Unser Ansatz ist: Vertrauen in die Professionalität der Lehrkräfte und die Eigenverantwortung der Schulen statt weiterer Detailsteuerung durch das Ministerium. Bildung für nachhaltige Entwicklung kann im Rahmen bestehender Fächer und

Leitperspektiven stattfinden, ohne neue bürokratische Strukturen aufzubauen. Insgesamt treten wir für einen ideologiefreien, wissenschaftsbasierten Unterricht ein, der unterschiedliche Perspektiven zulässt und zur eigenständigen Urteilsbildung befähigt.

Auch im Bereich der außerschulischen Bildung gilt für uns: Kooperationen sind sinnvoll, wenn sie freiwillig, qualitätsgesichert und transparent ausgestaltet sind. Eine institutionalisierte Bevorzugung einzelner Akteure oder eine verpflichtende „dekoloniale Transformation“ von Lehrplänen lehnen wir ab. Lehrpläne müssen ausgewogen, faktenbasiert und frei von einseitigen politischen Vorgaben bleiben. Wir stehen für eine offene Bürgergesellschaft, in der Demokratiebildung, Rechtsstaatlichkeit und individuelle Freiheit zentrale Leitplanken sind (Karlsruher Freiheitsthesen). Bildung soll junge Menschen befähigen, Verantwortung zu übernehmen – aber ohne staatliche Bevormundung und ohne zusätzliche Bürokratie zulasten der Qualität unseres Bildungssystems.

III. Zukunftsfähiges und gerechtes Wirtschaften: Konkrete Beiträge zur Transformation des Wirtschaftssystems. Nur ein systemischer Wandel zu einer Wirtschaftsweise, die verbindlich innerhalb planetarer Grenzen agiert und die Menschenrechte weltweit respektiert, schafft die Grundlage für echte ökologische Zukunftsfähigkeit und globale Gerechtigkeit. Als erster Schritt muss die öffentliche Hand Vorbild sein und durch konsequente Anwendung strenger Sozial- und Umweltstandards bei allen Beschaffungsprozessen Verantwortung übernehmen.

Stellungnahme zu den Forderungen:

Wir teilen das Ziel von guten Sozial- und Umweltstandards. Wir sind aber skeptisch, ob ein zu komplexes Vergaberecht, welches neue Kosten verursacht und Unternehmen eher abschreckt als motiviert, sich um öffentliche Aufträge zu bemühen, der richtige Weg ist. Andere Wege, bspw. die hohen deutschen Standards im Arbeitsschutz, das deutsche System der Sozialen Marktwirtschaft oder die regulierende Umweltgesetzgebung, sind hier sicherlich vielversprechendere Wege.

Weder die Europäische Kommission noch die Bundesregierung planen, dass EU-Lieferkettengesetz (CSDDD) abzuschaffen. Daher sehen wir keine Notwendigkeit, dass sich das Land Baden-Württemberg diesbezüglich gegenüber der Bundesregierung einsetzt.

Wir sehen ebenso den Bedarf einer neuen Rohstoffpolitik. Die Abhängigkeit von einzelnen Lieferländern, ein ansteigender Verbrauch sowie fehlende Versorgung können hier zu – auch wirtschaftlichen – Probleme führen. Daher haben die Unternehmen auch selbst einen Anreiz, hier neue Maßnahmen zu ergreifen. Wege dafür können eine Erhöhung der Recyclingquote, ein effizienterer Einsatz sowie auch heimischer, nach deutschen Umweltstandards durchgeführter Ressourcenabbau sein (bspw. bietet die Lithiumgewinnung im Oberrheingraben hier eine tolle Chance). Das Land Baden-Württemberg kann dies durch Förderung bei Forschung und Innovation begleiten, neue Abbaugelände und -wege unterstützen sowie Explorationen anreizen.

IV. Migrantisches Engagement und Dekolonialität: Eine gerechte, inklusive und dekoloniale Gesellschaft fördern, den Zugang zu Ressourcen und Bildung für Menschen aus dem Globalen Süden erleichtern, antirassistische Strukturen in Institutionen verankern und internationale Partnerschaften auf Gleichberechtigung ausrichten.

Stellungnahme zu den Forderungen:

Vielfalt ist für uns kein Schlagwort, sondern gelebte Realität. Jeder soll sein Leben selbstbestimmt nach seinen eigenen Vorstellungen führen dürfen – ohne Bevormundung durch Staat oder Gesellschaft. Wir wollen ein Land, in dem junge Menschen ihre Träume verwirklichen, Frauen gleiche Chancen haben und niemand wegen Geschlecht, Herkunft, Religion, Identität oder einer körperlichen oder geistigen Einschränkung ausgegrenzt wird. Jede und jeder soll überall dabei sein können – in Kita, Schule, Beruf, Freizeit und Kultur. Daher wollen wir Barrieren abbauen, inklusive Angebote ausbauen und flexible Hilfen fördern. Wer Unterstützung braucht, soll sie unbürokratisch bekommen. Wir Freie Demokraten wollen ein Baden-Württemberg, das alle Menschen ermutigt, Verantwortung zu übernehmen – für sich selbst und für andere. Wir vertrauen auf Vernunft, Toleranz und Eigenverantwortung, nicht auf Bevormundung. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Unterschiede nicht trennen, sondern bereichern.

3. Wir halten die Inhalte der Ausbildung von bspw. Landespolizei sowie Justiz für ausreichend, um einschlägiges Verhalten zu detektieren und angemessen damit umzugehen. Verpflichtende Fortbildungen lehnen wir ab.

4. (wenngleich eher wenig zuständig) Wir sind auf ausländische Arbeits- und Fachkräfte angewiesen. Partnerschaften mit geeigneten Herkunftsländern sind daher ein guter Weg, um für Deutschland als attraktiven Standort zu werben.

V. Stärken von internationalen (Schul-)Partnerschaften: Finanzieller und struktureller Ausbau von Lern- und Bildungspartnerschaften mit dem Globalen Süden, unter anderem zur Förderung des interkulturellen Austauschs und des Globalen Lernens / Bildung für Nachhaltige Entwicklung.

Stellungnahme zu den Forderungen:

Schulpartnerschaften – in Europa wie auch darüber hinaus – sind gelebter Austausch und stärken interkulturelles Lernen sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung. Deshalb befürworten wir eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung solcher Partnerschaften. Ebenso setzen wir uns für den Abbau bürokratischer Hürden ein, damit Zusammenarbeit unkompliziert und effizient gelingt. Insgesamt wollen wir internationale Partnerschaften von Schulen sowie von Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung stärken; dabei können auch digitale Austauschformate helfen, Begegnung und Gegenseitigkeit zu erleichtern.

VI. Klimagerechtigkeit: Verantwortungsübernahme für eine gerechte Klima-, Energie- und Mobilitätspolitik, die besonders die Auswirkungen auf den Globalen Süden berücksichtigt.

Stellungnahme zu den Forderungen:

1. Deutschland und Baden-Württemberg sollten in der Frage der Klimaneutralität keinen Sonderweg gehen. Wir setzen auf EU-weit abgestimmte Ziele – insbesondere Klimaneutralität bis 2050 – und auf wirksame marktwirtschaftliche Instrumente wie den europäischen Emissionshandel. Eine gesetzliche Verankerung von „Klimagerechtigkeit“ sowie weitere Verschärfungen des Klimaschutzgesetzes halten wir nicht für zielführend.
2. Wir wollen Entwicklungszusammenarbeit stärker mit Außenwirtschaftsförderung verzahnen. So unterstützen wir Partnerländer dabei, nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erzielen, eigene Wertschöpfung aufzubauen und als gleichberechtigte Partner am Welthandel teilzuhaben.
3. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern die Entscheidung geben über das jeweilige Verkehrsmittel und die Gestaltung ihrer Reisekette selbst zu entscheiden. Wir stehen für eine moderne, zukunftsfähige Verkehrspolitik ohne Bevormundung. Deshalb stärken wir die Attraktivität aller Verkehrsträger.
4. Das neue EU-Emissionshandelssystem für Gebäude und Verkehr (ETS 2) soll ab 2028 in Kraft treten. Damit werden Emissionen aus Brennstoffen im Gebäude- und Straßenverkehrsbereich künftig automatisch bepreist. Die daraus entstehende Lenkungswirkung kann Investitionen in klimaneutrales Wohnen und klimafreundliche Mobilität attraktiver machen. Zugleich gilt: Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung sollten an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden. Die konkrete Ausgestaltung liegt vor allem beim Bund; wir setzen uns dafür ein, dass die Rückgabe schnell, transparent und unbürokratisch erfolgt.

VII. Frieden: Friedensbildung stärken, zivile Konfliktbearbeitung ausbauen und Konversion fördern.

Stellungnahme zu den Forderungen:

Zu 1. Friedensbildung stärken

Wir Freie Demokraten unterstützen Friedensbildung als festen Bestandteil der politischen Bildung, weil sie Demokratiebewusstsein, Menschenrechtsorientierung und die Fähigkeit zur gewaltfreien Konfliktlösung stärkt. Sie sollte in Schulen wie in der außerschulischen Bildung und der Erwachsenenbildung verantwortungsvoll und plural ausgestaltet sein, ohne sicherheitspolitische Realitäten auszublenden oder einseitige Leitbilder vorzugeben. Die Landeszentrale für politische Bildung leistet hierbei bereits wichtige Arbeit; bestehende Angebote sind qualitativ weiterzuentwickeln, jedoch nicht ideologisch zu überfrachten oder strukturell auszudehnen, ohne dass ein klarer Mehrwert erkennbar ist. Im schulischen Kontext gehört bei Debatten über eine mögliche Wehrpflicht selbstverständlich auch die Information über das grundgesetzlich geschützte Recht auf Kriegsdienstverweigerung dazu. Eine pauschale Asylgewährung für Kriegsdienstverweigerer lehnen wir jedoch ab. Wir wollen keine weiteren Asylatbestände schaffen.

Zu 2. „Zivilgesellschaftliche Strukturen der zivilen Konfliktbearbeitung“ wollen wir nicht aus dem Landeshaushalt fördern.

Zu 3. Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete stoppen: Baden-Württemberg hat keine Genehmigungskompetenz für Rüstungsexporte; diese liegt beim Bund. Eine politische Positionierung sollte zudem stets die konkreten Umstände und die jeweilige sicherheitspolitische Lage berücksichtigen.

VIII. Strukturelle Förderung des Engagements für globale Gerechtigkeit: Dauerhafte und verlässliche strukturelle sowie finanzielle Förderung des entwicklungspolitischen Engagements in Baden-Württemberg durch das Land, um die Arbeit von DEAB, SEZ und ihren Partner*innen langfristig abzusichern, Planungssicherheit zu schaffen und innovative Bildungs-, Beteiligungs- und Netzwerkformate für globale Gerechtigkeit nachhaltig umzusetzen.

Stellungnahme zu den Forderungen:

Zu 1 bis 3: Wir unterstützen entwicklungspolitisches Engagement und Entwicklungszusammenarbeit als Teil der Außenwirtschaftsförderung. Dabei soll die Landesförderung stets projektbezogen erfolgen. Sie stärkt Eigenverantwortung, eröffnet Perspektiven durch Wertschöpfung vor Ort und schafft die Grundlage für Zusammenarbeit auf Augenhöhe.